

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Schönbauer, Nr. 244
Königstraße, Dresden

Verlag: Carl Schönbauer, Nr. 244
Königstraße, Dresden

Verlag: Carl Schönbauer, Nr. 244
Königstraße, Dresden

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Severing hat umgelernt

Für Regierungsbeteiligung der NSDAP.

Berlin, 27. April. In einem Interview mit dem Vertreter einer ausländischen Nachrichtenagentur erklärte der preussische Innenminister Severing, daß ohne Frage durch den Ausfall der Wahlen die Aussichten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Preußen und im Reich erhöht worden seien. „Um mindestens“, so sagte Severing, „trifft das für Preußen zu, da sowohl in der Sozialdemokratie wie im Zentrum die Neigung stark gewachsen ist.“

zunehmend auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen.

Die bisher diese Parteien allein getragen haben. Die hemmungslose Agitation der Nationalsozialisten habe nur deshalb so viel Anhänger gefunden, da sie die drückende Wirtschaftslage, die Steuerlast, die Arbeitslosigkeit, die Kürzung der Gehälter und Löhne den republikanischen Parteien zur Last legten. Es ist begreiflich, daß deshalb sowohl im Zentrum wie bei den Sozialdemokraten der Wunsch vorhanden ist, nunmehr den Nationalsozialisten Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie in der Regierung leisten können. Aber eine Regierungsbeteiligung der NSDAP in Preußen und im Reich kann natürlich nur als eine Beteiligung an der Verantwortung in Frage kommen, das heißt im Wesentlichen anderen Parteien, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Grundgesetze der Verfassung nicht verletzt werden.

Der Wahlausfall in Preußen muß auf Severing einen gewissen Eindruck gemacht haben, daß er auf einmal so vernünftige Ansichten über die innenpolitischen Notwendigkeiten äußert. Gerade deshalb aber muß man zweifeln, ob sie ernstgemeint sind. Denn die preussische Regierung, der Severing als Innenminister angehört, zeigt wenig Lust, sich der Macht zu entäußern. Da außerdem die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten nicht von der gescheiterten Sozialdemokratie, sondern ausschließlich vom Zentrum ab-

hängt, kann sich Severing eine so großzügige Geste leisten, ohne in die Verlegenheit zu kommen, daß er beim Wort genommen wird. Seine Partei wird sich dadurch jedenfalls nicht abhalten lassen, eine Beteiligung des Nationalsozialismus an der Regierung so lange als möglich zu verhindern.

Deutschnationaler Aufruf zur Sammlung

Stuttgart, 27. April. Der deutschnationale Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. Fritz Wiber, Stuttgart, erläßt einen Aufruf an seine alten nationalen und langjährigen Parteifreunde zur Sammlung, in dem es nach längerer Ausführungen über die Entwicklung der früheren Nationalliberalen Partei und besonders über die Parteilagerung Stresemanns heißt: Der Wahlausfall steht uns Deutschnationalen als einziger der alten bürgerlichen Parteien in Württemberg ohne Verlust.

Es liegt nicht der Ruf berechtigt, die Organisationen der Deutschen Volkspartei und der Volkrechtspartei mit denen der Deutschnationalen zu verschmelzen.

Das heißt, soweit die Deutsche Volkspartei in Frage kommt, den Wiedereintritt in die Reihen derer, deren Richtung sich auch in diesem Kampf gehalten und bewährt hat, zu wahren? Der Ruf des Augenblicks zwingt mich dazu, vor aller Öffentlichkeit eine solche Forderung auszusprechen. Ich bin mir gewiß, daß Tausende meinen Vorschlag begrüßen. So gut wie allen Nationalliberalen und Konservativen und vor 18 Jahren zu einer geschlossenen Gesinnungsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, so gut müßte der Uebertritt der völksparteilichen Organisation zu uns möglich sein, ebenso wie der anderer Organisationen, deren nationale, christliche und wirtschaftliche Finesse und verwandt ist. Ich werde für Anstufung an unsere Sache: Wer aber zu uns kommt, soll nicht als Unterworfener oder Beflegter, sondern als Gesinnungsgenosse mit uns zusammenarbeiten.

Zweierlei Maß

Wenn man den Angaben der Linkspresse Glauben schenken darf, die ja in Angelegenheiten des Reichsinnenministeriums immer aus erster Quelle unterrichtet ist, dann kann die Art, in der die Reichsbannerfrage erledigt werden soll, in keiner Weise befriedigen. Wenn sich Groener mit seinem Standpunkt gegenüber dem Reichspräsidenten und den nicht links regierten Ländern durchsetzt, wenn die Parteilagerungen der Linken erlaubt und die nationalsozialistischen Sturmabteilungen verboten bleiben — und darauf scheint die „Lösung“ hinauszulaufen —, dann bleiben alle Beschwerden bestehen, die nicht nur von den Nationalsozialisten erhoben worden sind, sondern auch von den Kreisen der Rechten und der Mitte, die nicht zuletzt wegen dieser ungerechten Behandlung der SA, am Sonntag große Wählermassen an die Hitlerbewegung abgeben mußten.

Der springende Punkt für die Beurteilung der Antwort, die der Reichsinnenminister im Einvernehmen mit dem Reichskanzler dem Reichspräsidenten gegeben hat, liegt in der Feststellung, ob die Prüfung des von Hindenburg überreichten Materials ergeben hat, daß das Reichsbanner ebenfalls „militärähnliche Organisationen“ hat oder nicht. Diese Frage scheint, zum mindesten was die Vergangenheit betrifft, nicht verneint worden zu sein. Sonst hätte die Linkspresse nicht veräußert, in ihren Plädoyers für das Reichsbanner auf diesen Hauptpunkt hinzuweisen. Man darf daraus den Schluß ziehen, daß wenigstens der „Schuß“, den das Reichsbanner, der Charakter einer militärähnlichen Organisation zugesprochen worden ist, nach den Kenntnissen, die die Öffentlichkeit vom Treiben dieser Truppe hat, ist das ja auch selbstverständlich. Der traurige Unterschied im Vorgehen und die Ungerechtigkeit fortbestehen läßt, liegt darin, daß man dem Reichsbanner jetzt und Gelegenheit gegeben hat, alle organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, um den aufgefundenen Verstoß gegen die Verfassung zu beseitigen, während dem Nationalsozialisten ihre Verteidigungswaffe mit einem Handstreich genommen wurde. Das Reichsbanner, heißt es, habe inzwischen seine Schuß „demobilisiert“. Herr Höldermann habe Herrn Groener seine dahingehenden Weisungen unterbreitet, und damit sei alles in bester Ordnung. Selbst wenn man annehmen wollte, daß diese „Abrüstung“ des Reichsbanners ehrlich gemeint und wirklich durchgeführt ist — viel Glaubwürdigkeit wird diese Version nicht finden —, dann bleibt es immer noch ungerecht, daß nach links und rechts zweierlei Maß angelegt wurde. Was dem Reichsbanner recht ist, wäre für die SA. billig gewesen. Aber man hat ihnen gottlieblich, um der Linken zu Diensten zu sein, die gleiche Chance diplomatischer Verhandlungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung verweigert. Wenn Groener ebenso entgegenkommend mit ihnen verhandelt hätte wie mit Höldermann, dann hätte sich sicher eine für beide Teile ebenso tragbare Grundlage des Ausgleichs gefunden wie in den Gesprächen mit dem Reichsbannerführer. Dann hätte die Reichsbannerorganisation freilich wieder Schwierigkeiten mit den Sozialdemokraten bekommen, deren Stimmen Brünning und Groener nun einmal nicht entbehren können, wenn die Rechtsopposition demnach in Reichstag wieder vorstößt und an das Volksgericht erinnert, das ihr längst das Recht zur Führung zugesprochen hat. Im Hinblick auf diese Gefahren, die einem Regierungssystem drohen, das sich im Volke nur mehr auf die schwache Basis der Zentrumspartei stützen kann, ist allerdings der Unterschied in den Methoden, die Anwendung von Polizeigewalt auf der einen Seite und der von goldenen Brüden auf der anderen, parteipolitisch verhandelbar. Aber dann sollte man solche Maßnahmen der Parteilagerung nicht mit dem Mäntelchen der Ueberparteilichkeit und der ausgleichenden Gerechtigkeit drapieren. Rein politisch klarblickender kann sich der Schlussfolgerung entschlüsseln, daß man es einfach nicht gewagt hat, bei den Parteilagerungen der in den Wahlen auf Haupt geschlagenen Linken und der im Regieren Vorwärts befindlichen Rechten das gleiche Maß anzulegen.

Niemand, der von solchen Dingen eine Ahnung hat, wird sich fernher täuschen lassen, daß die angebliche Demobilisierung der Bürgerkriegsorganisationen der Sozialdemokratie etwas anderes ist als ein Scheinmanöver ohne jede praktische Bedeutung. Eine Truppe, die man leicht demobilisiert hat, kann man jederzeit und sofort wieder mobilisieren, solange der organisatorische Rahmen bestehen bleibt. Und das ist beim Reichsbanner der Fall. Nachdem der Staat die Aufgabe übernommen hatte, die Wehrformation seiner politischen Gegner zu vernichten, konnte es ohne jedes Opfer von seiner Seite die Schuß aus dem aktiven Verhältnis in die Reserve zu verschieben, wenn die Reichsbannerführung auf den bekannten Knopf drückt. Der Wille, den Hindenburg in seinem Brief an Groener zum Ausdruck gebracht hat, wird auf diese Weise nicht erfüllt, sondern umgangen. In diesem

In Genf gerät alles ins Stocken

Brünning, MacDonald und Stimson reifen ab

Genf, 27. April. Im Auftrage von Tardieu stattete heute Paul Boncour MacDonald, Stimson und Brünning Besuche ab, um die Mittelung von der Erörterung des französischen Ministerpräsidenten zu machen, der vorläufig nicht nach Genf kommen könne. Der englische Ministerpräsident MacDonald reist am Sonntagabend, der amerikanische Staatssekretär bereits am Freitag ab. Er wird sich vor seiner endgültigen Rückkehr nach den Vereinigten Staaten noch einige Tage in Cannes aufhalten. Brünning wird am Donnerstag bei einem Frühstück bei MacDonald noch einmal mit Stimson zusammenkommen, so daß sich dort die Gelegenheit für eine Aussprache zwischen den drei Staatsmännern ergibt. Der endgültige Zeitpunkt für die Abreise Brünnings ist noch nicht festgelegt; jedoch ist vorläufig die Abreise für Donnerstagabend vorgesehen.

Die Nachricht von der Erkrankung Tardiens und die Abreise seiner Rückkehr nach Genf hat allgemein große Ueberraschung hervorgerufen.

Da die gestrige Besprechung zwischen MacDonald, Stimson und Brünning sowie die zahlreichen vertraulichen Verhandlungen der letzten Tage ausschließliche Vorbereitungen der Besprechung am Freitag galten, in der zum ersten Male der Versuch einer Ueberbrückung der deutsch-französischen Gegensätze mit englisch-amerikanischer Vermittlung unternommen werden sollte.

In den Nachmittagsstunden wurde der deutschen Abordnung telefonisch von der französischen Abordnung das verbindliche Tardiens mitgeteilt. Reichskanzler Brüning hatte jedoch in den Morgenstunden bereits mit einigen deutschen Herren einen Autoausflug in die Umgebung Genfs unternommen und war bis um 6,30 Uhr nachmittags noch nicht zurückgekehrt, so daß irgendwelche Entscheidungen über die dadurch bedingte Abänderung des ursprünglichen Verhandlungsprogramms auf deutscher Seite noch nicht getroffen sind.

Nach der Abreise Tardiens steht noch nicht fest, wann in Genf eine neue Zusammenkunft der führenden Staatsmänner der Großmächte stattfinden wird.

Eine Teilnahme des amerikanischen Staatssekretärs wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Es ist daher fraglich, ob die in Genf angeordnete Vorbereitung der Konferenz zur Behandlung der Probleme in Genf noch erreichbar ist. Die Einmündigung ist — das muß sachlich festgestellt werden — lediglich an die Abreise Tardiens geknüpft. Es besteht in internationalen Kreisen Ueberzeugung, daß die Hoffnung, daß die französische Regierung vor dem neuen die eine ganz andere Regierung ergeben können,

entscheidende Verhandlungen in Genf einfach nicht möglich.

Unter diesen Umständen ist es gleichfalls fraglich, ob die ursprünglich vorgesehene Inangriffnahme der entscheidenden Verhandlungen im Hauptstadtsaal, besonders die Verhandlungen über die Fragen der Gleichberechtigung und der Internationalisierung der Waffen, wie vorgesehen, nach Pfingsten stattfinden wird.

Stimsons Antwort an Tardieu

Paris, 27. April. Der amerikanische Botschafter in Paris, Lodge, hat heute nachmittag eine Nachricht, die der amerikanische Staatssekretär Stimson telefonisch von Genf aus ihm übermittelte hat, an Ministerpräsident Tardieu weitergeleitet. In dieser Mitteilung erklärt Stimson, er bedauere sehr, daß er keine Gelegenheit habe, Tardieu wiederzusehen, um mit ihm die Aussprache über die wichtigsten Fragen wieder aufzunehmen, die man bereits erörtert habe.

Er bedauere, daß sein eigener Gesundheitszustand ihn zwingt, Genf möglichst bald zu verlassen und über das Mittelmeer nach Hause zurückzukehren.

Er könne Tardieu die Versicherung geben, daß die amerikanische Delegation in Genf ihr Möglichstes tun werde, um die begonnenen Arbeiten in dem Geiste fortzusetzen, der bei den bisherigen Verhandlungen herrschte.

Japanischer Vormarsch in der Nordmandschurie

Rußland, 27. April. Die japanische Armee hat in der Nordmandschurie den Einsatz von drei Brigaden einen großangelegten Vernichtungsfeldzug gegen die chinesischen Freischärler eingeleitet, die sich gegen die neue mandschurische Regierung auflehnen. Hunderttausende wegen der Truppen, die unter dem Oberbefehl des Generalleutnants Hirose stehen, in einer umfassenden Bewegung nach der östlichen Zone der Mandschurien und dem unteren Sungari-Gebiet, um die dort zusammengezogenen, auf rund 30000 Mann geschätzten Aufständischen zu bekämpfen. Als Beförderungsmittel wird der Schienenstrang und der Wasserweg benutzt. Die erste Brigade unter dem Kommando von General Mura ist nordwärts von Jiamenpo gegen Fengcheng vor. Sie wird noch später mit der unter dem Oberbefehl von Generalmajor Noda stehenden Brigade vereinigen, die längs der Chinesischen Ostbahn östwärts marschiert. Oberst Nakamura befindet sich die dritte Brigade, die mit 22 gepanzerten und mit je zwei Feldkanonen besetzten Fluchbooten den Sungari-fluss abwärts fährt. Diese Brigade ist außerdem von vier Kanonenbooten der mandschurischen Regierung begleitet.

100,00	100,00
95,00	95,00
90,00	90,00
85,00	85,00
80,00	80,00
75,00	75,00
70,00	70,00
65,00	65,00
60,00	60,00
55,00	55,00
50,00	50,00
45,00	45,00
40,00	40,00
35,00	35,00
30,00	30,00
25,00	25,00
20,00	20,00
15,00	15,00
10,00	10,00
5,00	5,00
0,00	0,00